

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

während des „Höhepunktes“ der sogenannten „Flüchtlingskrise“ schrieb der vielen unserer Leser wohlbekannte frühere General und Autor Gerd Schultze-Rhonhof („1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“) drei Briefe an Bundeskanzlerin Angela Merkel, einige Ministerpräsidenten und Bundesminister sowie alle Mitglieder des Deutschen Bundestages. Er wies darin auf die nach seiner Auffassung bestehenden Risiken und Probleme einer weitgehend unkontrollierten Zuwanderung hin. Und Sie, sehr geehrte Damen und Herren, erhielten Schultze-Rhonhofs Briefe ebenfalls.

Die beim Autor eingehenden Reaktionen blieben gleichwohl dürrtig. Neben Zustimmung erhielt Schultze-Rhonhof einige ablehnende Zuschriften und ein Bundestagsabgeordneter der CDU äußerte sich „flegelhaft“, wie der Autor jetzt berichtet. Daß einige der von Schultze-Rhonhof vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt wurden, liegt nach Auffassung des Autors vor allem in der Tatsache begründet, „daß auch der unerfahrenste und volksfremdeste Politiker von selbst auf sie kommen mußte“.

In einem neuen Aufsatz nimmt Schultze-Rhonhof nunmehr Stellung zur aktuellen Lage. Eingehend analysiert er den Status Quo und deckt auch dabei wieder die bestehenden Probleme und Schwachstellen schonungslos auf. Anders als in seinen drei vorhergehenden Briefen fragt der Autor nun aber auch, welche der demnächst bei der Bundestagswahl antretenden Parteien nach seiner Auffassung am ehesten geeignet wäre, sich der von ihm benannten Probleme anzunehmen (vorausgesetzt, daß die Wahlversprechen nach dem Wahltag nicht mehr nur Schall und Rauch sein werden . . .).

Schultze-Rhonhofs persönliches Fazit ist in dieser Hinsicht eindeutig – nach seiner Auffassung ist die AfD zur Zeit die einzige Partei, die die von ihm aufgegriffenen Probleme und Fragestellungen zum Teil bereits seit langer Zeit „thematisiert“ habe. Aus diesem Grund, sehr geehrte Damen und Herren, legen wir Schultze-Rhonhofs Schreiben, dessen Inhalt wir durchaus teilen, nicht diesen „Vertraulichen“ bei. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wollen wir nicht von unserem Prinzip einer von falscher Rücksichtnahme freien Berichterstattung abweichen und uns einer direkten „Wahlempfehlung“ strikt enthalten.

Da wir jedoch davon ausgehen, daß zahlreiche Damen und Herren an Schultze-Rhonhofs Ausarbeitung interessiert sind, bieten wir diesen eine kostenlose Zusendung an. Bitte, senden Sie bei Interesse einen an Sie adressierten und mit 0,70 € frankierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Büsingen. Wir senden Ihnen dann umgehend und sehr gerne ein Exemplar von Schultze-Rhonhofs „neuestem Werk“ zu. (tb)

2 *Altersarmut in Deutschland steigt*

Die verantwortungslose Geldpolitik der EZB in Form einer Monetarisierung von Schulden (kurz gesagt: Schuldscheine werden mit neu „gedrucktem“ Geld aufgekauft) in Höhe von mittlerweile über 2 Billionen Euro hat zunächst starke Preissteigerungen bei Immobilien in den vom internationalen Spekulationskapital entdeckten Städten hervorgerufen. Mit den Kaufpreisen sind dort auch die Mieten – örtlich stark unterschiedlich und nicht im gleichen Maße – vor allem in den begehrten Ballungszentren gestiegen. Zudem sorgen die künstliche öffentliche Nachfrage (Wohnraum für Merkels und Schulz' „Gäste“ auf Steuerzahlerkosten) sowie der „Null-Finanzierungszins“ für zusätzliche Nachfrage am Wohnungsmarkt. Was von den Immobilienspekulanten gefeiert wird, ärgert zunehmend die Rentner ohne eigenes Einkommen: die stetig steigenden Mieten. Denn anders als die zur gesellschaftlichen Neuordnung eingeladenen Migranten aus Afrika oder den arabischen Staaten bekommen die Rentner keine ähnlich hohe Vollversorgung durch den Staat. Im Gegenteil: Mäßige Rentnererhöhungen führten einige der Rentner bereits in die Einkommenssteuerpflicht, ohne daß ihr verfügbares Einkommen nennenswert stieg.

Ein Mangel an erfahrenen und einsatzwilligen Kräften auf der einen Seite und finanzieller Druck andererseits hat die Zahl der „rüstigen Rentner“ aus der Gruppe der 65- bis 74-jährigen immer häufiger zu Zuverdienstarbeiten bewegt. Etwa 15 % der besagten Rentner und ca. 8 % der Rentnerinnen hatten im vergangenen Jahr eine zusätzliche Arbeit im Alter aufgenommen. Noch 2006 waren dies halb so viele (7 % der Männer, 4 % der Frauen).

Mit anhaltender verantwortungsloser Geldpolitik der EZB wird diese gesellschaftliche Schere in Deutschland weiter auseinandergehen. Sollte die Politik zudem eine Abhilfe über allzu radikale Schritte in Form stark steigender Rentnererhöhungen anstreben, dürfte dies schnell zu weiterem sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff werden. Eine solche „Lösung“ des Altersarmutsproblems ginge nämlich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und wäre nicht mehr von dieser verkraftbar. Davon unabhängig dürfte die Diskussion über eine sehr üppige Vollversorgung der Migranten, die keinerlei Beiträge ins Sozialsystem geleistet haben (und wohl auch nie werden) und die gleichzeitig zunehmende Verarmung der Rentner in Deutschland nun auch viele der „politisch korrekten“ Diskussionsrunden erreichen. (eh)

3 Es wird immer teurer werden – für Deutschland

Die politisch-mediale „Elite“ der Europäischen Union weist derzeit gerne auf die denkbaren negativen Folgen des britischen EU-Austritts hin. Weniger erörtert wird dagegen der mutmaßliche Schaden, der Ländern wie Deutschland und Österreich droht, wenn die EU während des Brexit-Vollzugs voraussichtlich vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der – dann voraussichtlich wiedergewählten – deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel dominiert wird. Dann droht nämlich nach Auffassung kritischer Beobachter eine schleichende Machtübernahme der schulden- und ausgabeaffinen „Südachse“ der EU unter Führung Frankreichs zu Lasten der (vergleichsweise) stabilitätsorientierten Länder wie Deutschland oder Österreich.

Möglich wird diese Entwicklung durch eine bereits beschlossene Änderung des Abstimmungsverfahrens innerhalb der EU. Wichtige EU-Beschlüsse können danach nur noch mit einer doppelten Mehrheit getroffen werden, die 55 % der derzeit noch 28 Mitgliedstaaten (also 15 Länder) und zugleich 65 % der Bevölkerung umfasst. Länder, die zusammen 35,1 % der EU-Bevölkerung stellen, haben dadurch zusammen eine Art Sperrminorität. Verläßt nun aber das traditionell wirtschaftsliberal eingestellte Großbritannien mit seinen 64 Millionen Einwohnern die Union, wird Deutschland zusammen mit den verbleibenden fiskalpolitisch Verbündeten diese Sperrminorität nicht mehr erreichen. Ein ähnliches Bild bietet sich im übrigen auch bei der Europäischen Zentralbank (EZB), in deren wichtigstem Führungsgremium eher stabilitätsorientierte Eurostaaten wie Deutschland und Österreich im Zuge eines Rotationsverfahrens zeitweise nichts mehr zu sagen haben werden. Realistisch denkende Fachleute wie der Ökonom Hans-Werner Sinn sprechen in diesem Zusammenhang längst von einer für „Deutschland verheerenden“ Entwicklung, bei der jene Staaten Mehrheiten erreichen können, die – kurz gesagt – Schulden mit Wohlstand gleichsetzen.

Hinzu kommt der von Macron offen angestrebte Ausbau der EU zu einem staatsähnlichen Gebilde mit eigenem Budget, vergemeinschafteten Schulden und daraus folgenden, ständigen Transferzahlungen u.a. zu Lasten Deutschlands. In gewöhnlich gut informierten Berliner Kreisen geht man davon aus, daß der nach der Bundestagswahl vermutlich in seinem Amt bestätigte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) längst an der Bereitstellung neuer Milliarden „bastelt“, die nach der Bundestagswahl als deutsches Entgegenkommen gegenüber Frankreichs Präsident Macron dargestellt werden sollen. Der Euro-Rettungsschirm ESM (dessen 80 Mrd. € Volumen derzeit mit rund 22 Mrd. von den deutschen Steuerzahlern gespeist werden muß) soll dafür zu einer Art zusätzlichem EU-Haushalt ausgeweitet werden. Pleiteländer sollen den ESM dann nicht mehr erst zur Abwendung einer Insolvenz anzapfen dürfen, sondern schon vorher, beispielsweise zur Konjunkturaneignung oder im Falle schwerer Naturkatastrophen. Deutsche Steuergelder würden dann de facto dazu eingesetzt, Problemländern wie Italien oder Frankreich zu mehr Wirtschaftswachstum zu verhelfen. Ob es Schäuble oder seinem Nachfolger dabei gelingen könnte, der deutschen Regierung im Gegenzug über die ESM-Beschlußfassungsorgane größere Mitsprache- und Kontrollrechte als bisher zu sichern, darf angesichts der bisherigen europäischen Entwicklungen getrost bezweifelt werden. (tb)

4 EZB verlangt mehr Kontrolle über Pensionsfonds

Angeblich nur zur Sicherung der Interessen der privat Rentenversicherten verlangt die EZB zunehmend Kontrolle über deren Pensionskassen. Was scheinheilig als wichtige Informationsquelle über den Anteil von (zwangsweise) investierten Staatsanleihen in den Pensionskassen vorgeschoben wurde, dürfte vielmehr einen anderen Hintergrund haben.

Der Anleihenmarkt steht nämlich möglicherweise vor dramatischen Kurskorrekturen. Schon seit geraumer Zeit sind die Staatsanleihen nicht mehr in voller Höhe am Markt platzierbar, sondern werden von den verschiedenen Töpfen direkt oder indirekt von der EZB aufgekauft. Dies ist eine Monetarisierung, also eine Verschuldung aus der Druckerpresse heraus. Mit zunehmender Monetarisierung wächst die Sorge vor Inflation. Diese wiederum verlangt nach höheren Zinsen. Höhere Zinsen wiederum lassen Kurse für Anleihen einbrechen und sorgen im Vorfeld für Absicherungsgeschäfte der Anleger.

Um also steigende Anleihe-Verkäufe durch die Pensionskassen verhindern zu können, will die EZB nun mehr Kontrolle über diese großen Geldanleger haben. Gesetzlich sind diese nämlich zu sogenannter „mündelsicherer Anlage“ – also Anlage z.B. in Staatsanleihen – verpflichtet und damit ein essentieller Bestandteil zwangsweiser Finanzierung der unsoliden Staatshaushalte. Sollten sich die Pensionskassen nun zunehmend für Cashbestände (Geld) statt risikobehafteter und potentiell verlustreicher Staatsanleihen entscheiden, dürfte dies zu einer Herausforderung für sämtliche überschuldete Staaten Europas werden. Die EZB handelt also nicht aus Fürsorge für die bedrohten Pensionäre, sondern aus eigenen zweifelhaften Motiven heraus. Würde sie überhaupt noch einen Funken an Verantwortungsgefühl haben, hätte sie die Monetarisierung der Staatsschulden (bereits über 2 Billionen Euro aufgekauft) schon längst beendet und würde ein auskömmliches Zinsniveau zulassen. (eh)

5 Nordkoreas „Attrappen“

Die gegenwärtig spürbare, leichte Entspannung im Nordkorea-Konflikt (die aus Pjöngjang tönenden Drohgebärden wurden leiser . . .) geht nach Auffassung gewöhnlich wohl informierter Experten nicht alleine auf die diplomatische „Kunst“ der restlichen Welt zurück. Nordkorea soll vielmehr schon jetzt an einem kaum mehr zu überbrückenden Engpaß an Raketen und Raketenteilen leiden. Die beim Raketenbau mit Rat und Material mithelfenden Ukrainer (Ex-Angehörige der früheren sowjetischen Raketenschmieden) und ukrainischen Lieferanten sind größtenteils nämlich nur noch dann zu weiteren „Lieferungen“ bereit, wenn Pjöngjang diese umgehend – oder besser noch im voraus – mit „Barem“ begleicht. Und genau dazu ist Nordkorea kaum mehr in der Lage. Auf manchen nordkoreanischen Abschlußrampen sollen sogar schon Attrappen aufgestellt worden sein, um dem „feindlichen“ Ausland Nordkoreas jederzeitige Bereitschaft zum sofortigen Raketenstart zu signalisieren. (tb)

6 Trumps „Mexiko-Abenteuer“

Mexiko erweist sich für US-Präsident Donald Trump als eine (für ihn) unerwartet „harte Nuss“, die er bis heute nicht „knacken“ konnte. Beim großspurig angekündigten „Mauerbau“ – den Mexiko auch noch bezahlen sollte – klemmt es ebenso wie bei den von Trump geforderten Neuverhandlungen zu Handelsabkommen.

Man weiß in Mexico-City einfach nur zu genau, in welchem hohem Maße die US-Wirtschaft von pünktlichen Zulieferungen aus mexikanischen Fabriken abhängig ist. Sollten eines Tages die „just-in-time“ erwarteten Autoteile aus mexikanischer Produktion in Detroit ausbleiben oder auch nur unpünktlich eintreffen, ständen dort sofort die Bänder still. In den Supermärkten werden nach wie vor etliche Agrarprodukte aus Mexiko verkauft, z.B. die in den USA sehr beliebten Avocados. Und sollten die mexikanischen Exporte in die USA ausbleiben, würden dies auch sofort mehrere Hunderttausend Transportarbeiter zu spüren bekommen, deren Arbeitsplätze dann nicht mehr benötigt würden.

Es ist also eine große und „bunt“ zusammengesetzte Lobby, die in den USA Präsident Trump immer eindringlicher vor einem „Mexiko-Abenteuer“ warnt. (tb)

7 83 % der Bürger gegen Russlandsanktionen

Unabhängigen Umfragen zufolge ist eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger gegen weitere Sanktionen gegen Russland. Der mitunter kluge Volkssinn hat begriffen, daß die Begründungen für die Sanktionen gelogen sind, die USA diese selbst zur Schädigung Deutschlands und zum eigenen Nutzen gebrauchen (und dies sogar öffentlich zugaben bzw. in der Begründung angeben) und daß diese Maßnahmen unvorteilhaft für die deutsche Wirtschaft und damit die deutschen Bürger sind. Folgerichtig halten bis zu 83 % der Bürger einigen Umfragen zufolge die Russlandsanktionen für falsch. Dies stört die Politik wie immer nicht. Längst hat sich die Große Koalition mit verbündeten Grünen und Linken vollständig von den deutschen Bürgerinteressen verabschiedet. Eine übergroße politische Mehrheit im Bundestag scheint nicht mehr die Interessen deutscher Bürger (ihrer Wähler), sondern andere, möglicherweise fremde Interessen zu vertreten. Dies dürfte sich auch nach der Bundestagswahl 2017 nicht ändern. (eh)

8 Bundesdruckerei muss Geschäftsbeziehung mit China beenden

Bislang stellte die hochspezialisierte Bundesdruckerei im Rahmen eines Joint-Ventures mit der Volksrepublik China unter anderem auch chinesische Pässe her. Dies ist nach einem neuen chinesischen Gesetz nun nicht mehr erlaubt, weil in China sicherheitsrelevante Produkte nur noch ausschließlich von (vollständig) chinesischen Firmen hergestellt werden dürfen. Was „sicherheitsrelevant“ ist, wird dann jeweils willkürlich festgesetzt – so wie man es von China kennt.

Damit hat China wieder einmal bewiesen, daß es als Handelspartner noch weitgehend untauglich ist. Wenn fremde Unternehmen oder Beteiligungen nur solange mit China Geschäfte machen dürfen, solange der Know-how-Transfer positiv für China läuft, danach aber per Gesetz vom chinesischen Markt ausgeschlossen werden, kann dies für jedes ausländische Unternehmen nur unvorteilhaft sein. Im Ergebnis hat nun das chinesische Joint Venture die Technologie und den gesamten dortigen Markt, während die Bundesdruckerei das Nachsehen hat. (eh)

9 Umweltministerin Barbara Hendricks will ihre Freundin heiraten

Auch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die seinerzeit als Staatssekretärin im Finanzministerium mit der Falschdarstellung über die Lagerstätten des deutschen Goldes bekannt geworden war, hat sich nun als lesbisch zu erkennen gegeben. Nicht nur deshalb drängt sich inzwischen der Eindruck auf, als habe die deutliche Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen nicht aus „Verantwortungsgefühl“ gegenüber dem Volk, sondern aus eigenen Interessen heraus beschlossen. Denn zunehmend scheinen sich nun im Bundestag die Schwulen und Lesben zu „outen“.

Ganz offiziell nahm die Umweltministerin kürzlich ihre lesbische Partnerin zu den Bayreuther Festspielen mit, woran sich weder die Kirchen noch die übrige Bevölkerung mehr zu stören schienen. Ein lang ersehnter Traum der Schwulen und Lesben ist damit wahr geworden: Sie haben möglicherweise die politische Mehrheit übernommen und können nun ihre Lebensweisen politisch als allgemeinverbindlich durchdrücken.

Der Schutz der Kinder vor schwulen Paaren, die nun auch adoptieren dürfen, scheint niemanden mehr zu interessieren und in der Partei der Grünen distanziert man sich immer noch nicht von der mutmaßlich größeren Anzahl Pädophiler. Volker Beck (Die Grünen), den die Polizei mit der Gefügigkeitsdroge Crystal Meth auf einem Kinder-Jungen-Strich aufgegriffen hatte und in Gewahrsam nahm, war eine der Triebfedern für die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Ehepartnerschaften. Darf auch dieser nun Jungen adoptieren? In der Partei der Grünen scheint sich die Mehrheit zumindest nicht an Pädophilie und insbesondere am Gebrauch von Drogen zu stören. Bedenklich ist für rechtstreue Bürger deshalb, daß Bündnis 90/Die Grünen die de facto am stärksten vertretene Partei in Deutschland ist, weil ihre Mitglieder in fast jedem Bundesland mitregieren und zumindest gedanklich auch mit der Großen Koalition in Berlin „harmonieren“. (eh)

10 Schwedische Kronen-Münzen verlieren ihre Gültigkeit

Mit dem Vorwand, die neuen Kronen-Münzen kleiner, leichter und vor allem nickelfrei herzustellen, treibt die schwedische Reichsbank die von ihr letztlich gewünschte Bargeld-Abschaffung voran. Die bisherigen Münzen verlieren jedenfalls zum 1. September ihren Wert. Ein direkter Umtausch gegen die neuen Münzen bei der Reichsbank wird nicht möglich sein. Wer sein „Kleingeld“ retten möchte, muß dieses also vorher auf sein Bankkonto einzahlen. Alternativ gibt es nur noch die Möglichkeit, das Münzgeld zur Unterstützung von Organisationen zur Hilfe bedürftiger Kinder einzusetzen. Experten erwarten, daß vor diesem Hintergrund höchstens 30 % bis 50 % der einst herausgegebenen Kronen-Münzen auch eingetauscht werden . . . (tb)

11 NO_x-Diskussion: Es geht um Vieles, nur nicht die Gesundheit

Nach u.a. saurem Regen und Feinstaub hat man nunmehr die Stickstoffoxide (NO_x) als einen der Hauptfaktoren erkannt, der die Luftqualität vor allem in den Ballungszentren belastet und dem man nun auf breiter Front den Kampf angesagt hat (bis hin zu möglichen Fahrverboten für bestimmte Diesel-Fahrzeuge). Natürlich ist diese Problematik auch untrennbar mit dem Skandal bezüglich der „Schummel-Software“ einiger großer Fahrzeughersteller verbunden. Doch – wie so oft in unserem Leben – spielt auch hier die Ideologie eine erhebliche Rolle! Diesen Schluß läßt zumindest ein von der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ erstaunlicherweise veröffentlichter Leserbrief zu, in dem der Autor, Prof. Dr. Ronald I. aus Hannover, über NO_x-Grenzwerte Erstaunliches zu berichten weiß:

„Der NO_x-Wert . . . für die sogenannte MAK (maximale Arbeitsplatz-Konzentration) liegt bei 950 µg/m³ Luft. Das heißt, ein Mensch, der an einem Arbeitsplatz tätig ist, der diesen Wert einhält, hat keinerlei gesundheitliche Gefahren zu befürchten. Der Richtwert der NO_x-Konzentration in Städten liegt bei 50 µg/m³, also etwa einem Zwanzigstel des MAK-Wertes. Dieser EU-Wert ist jedoch die Grundlage des Streits um die ‚dreckigen‘ Diesel, woraus man erkennen kann, daß der Streit vielleicht um alles Mögliche geht, aber um eines ganz sicher nicht und das ist eine reale gesundheitliche Bedrohung des Bürgers.“

Und weiter heißt es in dem Leserbrief: „Die Grenzwerte der EU für NO_x-Emissionen orientieren sich auch nicht an gesundheitlichen Risiken, sondern an dem, was technisch machbar ist; andernfalls wäre es auch schwer zu vermitteln, daß ein bestimmter NO_x-Gehalt, der nach den Richtlinien der EU vor fünf Jahren noch als vollkommen in Ordnung galt, nun plötzlich die Gesundheit gefährden soll. . . .“

„Man verschweigt es gerne“, heißt es weiter, „aber bei der Festsetzung der Grenzwerte geht es natürlich auch um handfeste ökonomische und industriepolitische Interessen, um Anteile am Automobilmarkt und um das Verdrängen oder Ausschalten lästiger Konkurrenten. Auch die Politiker haben hier handfeste Interessen, nämlich die Empörung über nicht eingehaltene Grenzwerte umzumünzen in Stimmengewinne für die eigene Partei.“

Dem nichts hinzuzufügen. (tb)

12 Teure „Elektromobilität“

Beim gegenwärtigen Lobgesang, der in den meisten „Jedermann-Medien“ den sogenannten „Elektroautos“ gilt, wird die Kostenfrage für den laufenden Unterhalt dieser Mobile gerne verschwiegen. Bei einem Verbrauch von mindestens 20, eher 30 oder mehr Kilowattstunden pro 100 Kilometer halten sich derzeit die Stromkosten in einem Rahmen, der dem eines sparsamen Dieselfahrzeugs in etwa entspricht. Geht man jedoch davon aus, daß mittel- bis langfristig „Fahrstrom“ genauso hoch besteuert werden dürfte wie die heutigen Kraftstoffe, werden am aktuellen Preisniveau gemessen „Elektrofahrten“ deutlich teurer werden.

Gemessen an den heutigen Preisverhältnissen erweisen sich damit Öl (und Gas) wieder einmal als die – rein ökonomisch betrachtet – preiswertesten Energieträger. Und dies hat durchaus Methode, wie eine Betrachtung der Vergangenheit zeigt. Solange es in Europa noch eine nennenswerte Kohleförderung gab, waren (meistens importiertes) Öl und Gas fast immer etwas billiger. Zu den historischen Höchstständen beim Ölpreis mit mehr als 150 US-Dollar je Barrel (also dreimal mehr als aktuell!) kam es erst, nachdem z.B. für die deutsche Steinkohle de facto längst die Totenglocke geschlagen hatte.

Und nun sieht auf absehbare Zeit alles danach aus, als ob – bei gleicher Besteuerung – ein mit Benzin oder Diesel betriebener PKW preiswerter fahren dürfte als ein Elektromobil. Betrachtet man die Vergangenheit, kann man dies kaum mehr als reinen „Zufall“ erachten. Eine Entwarnung vor unerwartet schnell und drastisch steigenden Öl- und Gaspreisen kann natürlich kein seriöser Beobachter geben. Doch rasche Preissteigerungen erscheinen u.a. vor diesem Hintergrund (hinzu kommt beispielsweise ein wieder zunehmender Ausbau der US-Förderung) etwas unwahrscheinlicher als noch vor einiger Zeit. (tb)

13 Mieter muß „Vorschäden“ nachweisen können

Bei Beendigung des Mietverhältnisses forderte der Vermieter den Mieter auf, noch die Schäden an den erheblich abgenutzten und vor allem zerkratzten Türzargen ausbessern zu lassen. Der Mieter wendete ein, daß diese Schäden schon bei seinem Einzug vorhanden gewesen seien und er verweigerte die Ausbesserung. Es kam zu einem Rechtsstreit vor dem Amtsgericht Saarbrücken (Az. 120 C 12/16). Das Gericht verurteilte den Mieter zur Schadenbeseitigung. Wenn die Kratzer etc. schon bei seinem Einzug vorhanden gewesen seien, so das Gericht sinngemäß, hätte er dies dokumentieren müssen, um nunmehr den erforderlichen Beweis antreten zu können. Da der Mieter sich hierzu nicht in der Lage sah, muß er die Schäden nun auch beseitigen lassen. (tb)

14 Betriebskostenabrechnung kann kein „Gewohnheitsrecht“ begründen

Ist in einem Wohnungsmietvertrag festgelegt, daß der Mieter die Hausmeisterkosten anteilig zu tragen hat, so kann der Vermieter die Abrechnung hierüber auch dann aufnehmen, wenn er zuvor über etliche Jahre hinweg darauf verzichtete. Entscheidend ist in jedem Fall der geschlossene Mietvertrag mit der darin vereinbarten Umlagemöglichkeit dieser Kosten, entschied das Amtsgericht Frankfurt am Main (Az. 33 C 1729/15). Auch ein langfristiges Nichtabrechnen dieser Position, so das Gericht, begründet für den Mieter kein „Gewohnheitsrecht“ dahingehend, daß der Vermieter auch in Zukunft die Hausmeisterkosten nicht auf den Mieter umlegen könne. (tb)

15 Für Sie aufgelesen:

„Wenn ein Politiker dazu aufruft, nicht zurück, sondern mutig nach vorne zu blicken, dann können Sie sicher sein, daß er zu jenen gehört, die das Schlamassel angezettelt haben, an das er lieber nicht mehr erinnert werden möchte.“